



Helga Dieter - ubihedi@t-online.de
069-7892525 60489 Frankfurt

Informationen zur Debatte: Ist Kritik an Israels Politik antisemitisch?

Teil III DOKUMENTATION DER KONTROVERSE UM EINEN OFFENEN BRIEF VON 80 INTELLEKTUELLEN -
aus Deutschland und Israel, die am 24. Juli einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel adressierten, den wir hier dokumentieren



„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

mit diesem Schreiben wenden sich besorgte deutsche und israelische Bürgerinnen und Bürger an Sie. Unsere Sorge gilt der drohenden Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel sowie dem inflationären, sachlich unbegründeten und gesetzlich unfundierten Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs, der auf die Unterdrückung legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik zielt. Unsere Sorge ist besonders groß da, wo diese Tendenz mit politischer und finanzieller Unterstützung des Antisemitismusbeauftragten gefördert wird.

Ein Beispiel, welches menschenverachtende Ausmaß solche Aktivitäten annehmen können, ist die Förderung der Publikation ‚Der neu-deutsche Antisemit‘ von Arye Sharuz Shalicar, laut Angaben des Verlags seit 2017 Direktor für Auswärtige Angelegenheiten im Ministerium für Nachrichtendienste im Büro des israelischen Ministerpräsidenten, und dessen anschließende Vortragsreise durch deutsche Städte. In diesem 2018 im Verlag Hentrich & Hentrich erschienenen Buch wird der Historiker und Publizist Dr. Reiner Bernstein als Antisemit geschmäht.

Seit Jahrzehnten setzt sich Reiner Bernstein unermüdlich für eine gerechte und gewaltfreie Lösung des Israel-Palästina Konflikts ein, z. B. im Rahmen der Genfer Friedensinitiative (2003). Dass gerade ein sorgfältig differenzierender Historiker auf diese Weise verunglimpft wird, zeigt paradigmatisch die zunehmend auch in Deutschland wirksame Strategie der israelischen Regierung, jegliche Kritik der völkerrechtswidrigen Besatzungs- und Siedlungspolitik als antiisraelisch und antisemitisch zu brandmarken.

Reiner Bernsteins Engagement, der, anders als von Shalicar behauptet, kein Jude ist, gründet in seiner historischen Verantwortung als Deutscher. Mit seiner ethischen Haltung steht er darüber hinaus in einer knapp hundertjährigen Tradition der Bemühungen um eine gerechte Lösung für den jüdisch-arabischen bzw. israelisch-palästinensischen Konflikt, wie sie bereits in den 1920er Jahren von Mitgliedern von Brit-Shalom (Friedensbund) entworfen wurde. Zu den Mitgliedern von Brit-Shalom gehörten auch Martin Buber und Gershom Scholem. Die Hoffnung auf Frieden blieb bis zur Ermordung Jitzchak Rabins ein zentrales Anliegen der israelischen Gesellschaft und Politik. Ermordet wurde Rabin von einem Einzeltäter, dessen politische Haltung seither immer wirkungsmächtiger geworden ist und heute wesentliche Züge der israelischen Regierungspolitik zu bestimmen scheint.

Wir fragen uns, welchen Kräften im heutigen Israel die Unterstützung der Bundesregierung gilt. Mit der Förderung zweifelhafter Publikationen, deren aggressiv-populistische Machart nicht faktengestützt ist, wird jedenfalls geduldet, dass Stimmen des Friedens und des Dialogs diffamiert und mundtot gemacht werden sollen. Frieden kann nur durch gegenseitigen Respekt erreicht werden.

Wo kritischer Dialog notwendiger denn je ist, schafft die missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs zunehmend auch in Deutschland eine Stimmung der

Brandmarkung, Einschüchterung und Angst. In dieser Atmosphäre wundert es nicht, dass das Berliner Kammergericht Bernsteins Klage gegen seine Verleumdung zurückgewiesen hat. Mit der Unterstützung rechtspopulistischer israelischer Stimmen lenkt der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antisemitismus die Aufmerksamkeit von realen antisemitischen Gesinnungen und Ausschreitungen ab, die jüdisches Leben in Deutschland tatsächlich gefährden.

Mit der EU-Ratspräsidentschaft und dem Vorsitz im UN-Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kommt Deutschland aktuell eine besondere Verantwortung zu. Wesenskern deutscher Staatsraison ist auch und vor allem die Verpflichtung gegenüber den universalen Menschenrechten und dem Völkerrecht. Die Sicherheit Israels kann nur im Einklang mit diesen dauerhaft sein.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung im Sinn der Friedenskräfte wahrnehmen wird, die immer schon Teil der jüdischen Gemeinschaft waren und sind. Wir erwarten eine entschiedene Bekämpfung des Antisemitismus dort, wo er sich tatsächlich manifestiert. Wir erwarten den konsequenten Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, um im öffentlichen Diskurs kontrovers über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts diskutieren zu können. Und wir erwarten nicht zuletzt eine entschlossene Initiative der Bundesregierung und der Europäischen Union, um die drohende, völkerrechtswidrige Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel zu verhindern und der israelischen und der palästinensischen Seite die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Katajun Amirpur, Köln; Dr. Gabriele von Arnim, Berlin; Prof. Dr. Dieter Becker, Bielefeld; PD Dr. Johannes M. Becker, Marburg Katja Behrens, Darmstadt; Prof. Dr. Wolfgang Benz, Berlin; Jörn Böhme, Berlin; Prof. Dr. Lorenz Böllinger, Bremen; Fred Breinersdorfer, Berlin; Prof. Dr. Micha Brumlik, Berlin; Prof. Dr. Jose Brunner, Tel Aviv Prof. Dr. Naomi Chazan, Jerusalem; Prof. Dr. Johannes Feest, Bremen; Prof. Dr. Rivka Feldhay, Jerusalem; Prof. Dr. Josef Freise, Neuwied; Prof. Dr. Gideon Freudenthal, Jerusalem; Prof. Dr. Efrat Gal-Ed, Köln; Prof. Dr. Amos Goldberg, Jerusalem; Dr. Ran HaCohen, Tel Aviv; Dr. Illana Hammerman, Jerusalem; Gert Heidenreich, Seefeld; Christoph Hein, Havelberg; Michal Kaiser-Livne, Berlin; Wolfgang Killinger, Gauting; Dr. Tanja Kinkel, München; Prof. Dr. Menachem Klein, Jerusalem; Dr. Annelen Kranefuss, Köln; Ursula Krechel, Berlin; Michael Krüger, München; Prof. Dr. Karin Kulow, Berlin; Dr. Ulrich Kusche, Göttingen; Andreas Lesser, München; Dr. Meir Margalit, Jerusalem; Prof. Dr. Thomas Metzinger, Mainz; Brian Michaels, Bonn; Edith Müller, Berlin; Sten Nadolny, Berlin; Norbert Niemann, München; Prof. Dr. Fania Oz-Salzberger, Haifa; Rainer Ratmann, Hünstetten; Prof. Dr. Klaus Reichert, Frankfurt; Edgar Reitz, München; Prof. Dr. Luise Reddemann, Köln; Anatol Regnier, München; Prof. Dr. Sebastian Scheerer, Hamburg; Dr. phil. habil. Claudia Schmölders, Berlin; Ingo Schulze, Berlin; Alexandra Senfft, Fuchstal; Prof. Dr. Galili Shahaar, Tel Aviv; Volker Skierka, Hamburg; Dr. Tilman Spengler, München; Prof. Klaus Staeck, Heidelberg; Christian Sterzing, Edenkoben; Johano Strasser, Berg (Starnberger See); Barbara Unmüßig, Berlin; Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck; Prof. Dr. Wilhelm Voßkamp, Köln; Dr. Ofer Waldman, Berlin / Kiryat Tivon Hans Well, „Wellbappn“, Türkenfeld Friedrich Wolf, Köln; Prof. Dr. Moshe Zimmermann, Tel Aviv; Rainer Zimmer-Winkel, Berlin; Prof. Dr. Moshe Zuckermann, Tel Aviv .

Meron Mendel:

Es wurde schon viel über Felix Klein fantasiert: er diene der Netanyahu-Regierung, finanziere Aktivitäten eines Mossad-Agenten und pflege Kontakte zu Rechtsextremen in Israel. Ich bewundere, wie ruhig und sachlich er die Vorwürfe entkräftet.

Zur Person

Micha Brumlik, Jahrgang 1947, ist emeritierter Professor der Erziehungswissenschaften in Frankfurt und hat von 2000 bis 2005 das Fritz-Bauer-Institut geleitet. **Sein neues Buch** „Antisemitismus. 100 Seiten“ ist in diesem Jahr bei Reclam erschienen (vgl. FR v. 16.5.).

Israel-Kritik: Wer bestimmt eigentlich, was antisemitisch ist?

• vonBascha Mika

Micha Brumlik über den Umgang mit Antisemitismus-Vorwürfen und mit Israel-Kritik – und über den offenen Brief an Angela Merkel, den er unterschrieben hat.

Herr Brumlik, Sie haben den offenen Brief an Angela Merkel unterzeichnet. Darin kritisieren Kulturschaffende, dass mit dem Vorwurf des Antisemitismus die Debatte um die israelische Besatzungspolitik erstickt wird. Werden Sie jetzt selbst als Antisemit beschimpft?

Das ist mir bisher erspart geblieben. Ich habe zwar einige abfällige Mails bekommen, aber als Antisemit hat mich noch niemand bezeichnet. Stattdessen heißt es, ich hätte vom Thema überhaupt keine Ahnung.

Und wie ist es Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern ergangen?

Ich weiß nur von positiven Reaktionen. Ich selbst habe auch Zustimmung von renommierten Kollegen auf die Initiative erhalten.

Wer bestimmt eigentlich, was antisemitisch ist?

Wir reden ja hier über den auf Israel bezogenen Antisemitismus. Da wird meist auf die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance zurückgegriffen. Der IHRA nennt drei Kriterien: 1. Wer dem Staat Israel das Existenzrecht abspricht, ist antisemitisch. 2. Wer den Staat Israel dämonisiert – zum Beispiel durch die Behauptung, was die Israelis mit den Palästinensern machen sei auch nicht besser als das, was die Nazis mit den Juden gemacht haben. Das dritte Kriterium, das ich nicht besonders tauglich finde, besagt, antisemitisch ist, wer dem Staat Israel etwas ankreidet, das anderen Staaten nicht vorgeworfen wird.

Was ist an diesem Kriterium nicht sinnvoll?

Wenn ich mich kritisch mit der israelischen Besatzungspolitik im Westjordanland auseinandersetze, muss ich nicht jedes Mal zugleich die Besatzungspolitik der chinesischen Regierung in Tibet kritisieren. Sonst kommt man nie zum Ende.

Kritik an Israel ist nicht automatisch antisemitisch

Der IHRA sagt aber auch, dass Kritik an der israelischen Regierungspolitik durchaus legitim und nicht automatisch antisemitisch ist.

Genau. Das Verblüffende aber ist, dass bei uns dennoch genau das passiert. Das prominenteste Beispiel ist die Resolution des Bundestages gegen die BDS vom vergangenen Jahr.

... gegen die Kampagne, die zum Boykott, zu Desinvestitionen und Sanktionen gegen den Staat Israel aufruft und sich dabei auf den Kampf gegen das Apartheidsregime in Südafrika beruft.

Die Bundestagsparteien waren der Meinung, dass der Aufruf der BDS, keine israelischen Waren zu kaufen, an das nationalsozialistische „Kauft nicht bei Juden“ erinnere. Des Weiteren ging es um die Frage, ob sich die BDS-Forderung, Israel solle alles besetzte arabische Land räumen, nur auf die annektierten Gebiete seit 1967 beziehe oder auf die Besiedlung seit Ende des 19. Jahrhunderts. So weit ich mich mit den BDS-Beschlüssen vertraut gemacht habe, geht es dabei aber ausschließlich um die besetzten Gebiete von 1967.

Auch die Frage des Rückkehrrechts war doch in der Diskussion.

Dabei geht es um die BDS-Forderung, dass alle Palästinenser, die 1947/1948 vertrieben wurden oder geflüchtet sind, ein Rückkehrrecht haben sollen. Das wird als antisemitisch kritisiert, weil eine Rückkehr all dieser 700 000 Menschen samt ihren Nachfahren das Ende Israels als eines jüdischen Staates bedeuten würde. Ich bin aber der Meinung, dass eine Anerkennung des Rückkehrrechts nicht gleichzusetzen ist mit faktischer Rückkehr.

Resolution gegen Antisemitismus?

Wollte der Bundestag mit dieser Resolution nicht auch dem zunehmenden Antisemitismus entgegenwirken?

Das wäre völlig widersinnig. Denn wie die Kriminalstatistiken zeigen, wird die absolute Mehrheit antisemitischer Straftaten von Rechtsextremisten begangen – wenn man mal von den tätlichen Angriffen junger Syrer auf jüdische Männer mit Käppchen absieht.

Und in der Wolle gefärbte Nazis oder gewaltbereite Rechtsextreme lassen sich durch eine Bundestagsresolution nicht beeindrucken ...

Genau das.

Seitdem der Bundestag die Resolution verabschiedet hat, ist einiges passiert. Der Direktor des Jüdischen Museums in Berlin musste zurücktreten; Achille Mbembe, renommierter Postkolonialismus-Theoretiker, durfte die Ruhrtriennale nicht eröffnen; der Historiker Reiner Bernstein, der sich stets für eine friedliche Lösung im Nahost-Konflikt eingesetzt hat, wird als Antisemit diffamiert. Was läuft hier falsch?

Diese Resolution ist einmalig in der Geschichte des deutschen Bundestages. Noch nie zuvor wurde eine politische Organisation, die nicht gewalttätig ist und bisher auch nicht als verfassungsfeindlich eingeschätzt wurde, durch einen Bundestagsbeschluss für antisemitisch erklärt. Das hat Folgen.

Es geht dabei ja nicht nur um den guten Ruf von Menschen, sondern auch um Geld.

Ja, denn in der Resolution wird empfohlen, dass kein Mensch und keine Veranstaltung, die irgendetwas mit BDS zu tun haben könnten, mit öffentlichen Geldern unterstützt werden sollen. Wobei es eine interessante juristische Frage ist, ob der BDS-Beschluss des Bundestages überhaupt Gesetzeskraft hat, oder lediglich eine Meinungsäußerung ist. Jedenfalls ist er nicht im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden.

Aber alle halten sich dran ...

... das geht so weit, dass eine jüdisch-israelische Sängerin vor ihrem Auftritt unterschreiben sollte, dass sie nicht BDS-nah sei.

Das klingt nach Gesinnungsschnüftelei.

Ich bezeichne das als eine neue Form des McCarthyismus. Der funktioniert über das Prinzip der Kontaktschuld. Das heißt, es kommt überhaupt nicht darauf an, einer Person nachzuweisen, dass sie tatsächlich etwas getan oder geschrieben hat. Es reicht schon, wenn man unterstellt, sie habe diesen oder jenen gekannt, der mit dieser oder jener Organisation in Verbindung stehe.

Ist nicht zu befürchten, dass die derzeitige Auseinandersetzung über israelische Politik den latenten Antisemitismus hierzulande befördern könnte?

Das ist durchaus möglich. Aber wenn man immer befürchten muss, dass öffentliche Debatten möglicherweise gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstärken, darf man bald über gar nichts mehr reden. Das widerspricht grundsätzlich meinen liberalen Überzeugungen. Diese Gefahr muss man dann eben in Kauf nehmen.

Das würde ich so nicht übernehmen. Das gilt zwar für den Bundestagsbeschluss und stellenweise auch für den Bundesbeauftragten für Antisemitismus. Aber im Blick auf die öffentliche deutsche Debatte und die Gedenkkultur würde ich mir diese Position nicht zu eigen machen.

Die wird differenziert genug geführt?

In der Regel ja, vor allem in der Forschung. Gar keine Frage.

Zuckermann moniert auch, dass die Deutschen mal wieder bestimmen wollten, wer Jude ist und wer nicht, wer Antisemit ist und wer nicht. Aber kommen wir an-

gesichts unserer Vergangenheit überhaupt um eine Definition des Antisemitismus herum?

Klar kann die deutsche Öffentlichkeit nicht festlegen, wer Jude oder Jüdin ist. Aber Sie haben völlig recht – gerade mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit, für die auch die gegenwärtige Bundesrepublik Verantwortung zu übernehmen hat, ist es völlig unumgänglich, sich mit der Frage zu beschäftigen, wer oder was Antisemit oder antisemitisch ist.

Felix Klein: „Wenn der kein Rechtspopulist ist, steht er noch weiter rechts“

Apropos Antisemitismus-Beauftragter – in Ihrem offenen Brief wird Felix Klein vorgeworfen, rechtspopulistische israelische Stimmen zu unterstützen und damit von den „realen antisemitischen Gesinnungen und Ausschreitungen abzulenken“. Wie funktioniert denn die Ablenkung?

Durch die Konzentration auf den sogenannten Israel-bezogenen Antisemitismus. Felix Klein hat schon seit Jahren intensiven Kontakt zu Gilat Erdan, dem israelischen Minister für strategische Angelegenheiten. Wenn der kein Rechtspopulist ist, steht er noch weiter rechts. So wie die ganze derzeitige israelische Regierung. Nach unseren westeuropäischen Maßstäben ist diese rechtspopulistisch.

Felix Klein ist ideologisch verblendet?

Soweit würde ich nicht gehen. Mein Vorwurf ist, dass er sich einfach nicht gut genug informiert. Das kann ich ihm anhand des Falles Mbembe auch nachweisen.

Ideologisch oder unbedarft – welcher Vorwurf gegenüber einem Politiker ist wohl härter?

(Lacht) Genau ...

Vom Zentralrat der Juden in Deutschland und großen jüdischen Verbänden bekommt Felix Klein allerdings Rückendeckung.

Das ist richtig. Diese politischen Organisationen haben ein besonderes Interesse, das kann ich verstehen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass einige der Beteiligten die Probleme sehen. Wenn sich der Zentralrat und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter ausführlicher mit dem Werk von Achille Mbembe beschäftigt und seine Sachen gelesen hätten, dann würden deren Positionen etwas differenzierter ausfallen.

Die Friedenspreisträgerin Aleida Assmann spricht im Zusammenhang dieses Themas von einer „Verengung der Meinungsfreiheit und des Diskursraumes“.

Ich stimme Aleida Assmann grundsätzlich zu. Das ist eine Entwicklung, die ich vorhin als McCarthyismus bezeichnet habe. Begonnen hat es im vorletzten Jahr mit einem Non-Paper des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu an Kanzlerin Merkel. Darin monierte Netanjahu, dass das Jüdische Museum in Berlin mit öffentlichen Geldern subventioniert wird, und dann eine Ausstellung wie „Welcome to Jerusalem“ zeigt. Diese Ausstellung mache nicht deutlich genug, dass Jerusalem die ewige, unteilbare Hauptstadt Israels und des jüdischen Volkes sei. Damit hat es angefangen. Der nächste Schritt war der erzwungene Rücktritt von Peter Schäfer, dem Direktor des Museums.

Die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel kann mit der ganzen Debatte und Ihrer Kritik in dem offenen Brief so gar nichts anfangen. „Das ist ein Phantasma in den Köpfen“, sagt sie und spricht von Faktenverdrehung à la Trump.

Obwohl ich Frau Schwarz-Friesel für ihre Forschungen hoch achte, muss ich ihr doch widersprechen. Der Anlass des Briefes war der Fall des Historikers Reiner Bernstein. Eines Mannes, der sich seit Jahrzehnten für eine vernünftige Lösung des Israel-Palästina Konflikts einsetzt. Dem wird in einem Buch von Arye Sharuz Shalicar, einem israelischen Regierungsberater, vorgeworfen, er sei ein selbsthassender Jude und vertrete antisemitische Meinungen.

Jüdischer Selbsthass? Ein Stereotyp, das für mich antisemitisch klingt ...

Was Shalicar behauptet, ist empörend. Erstens ist Bernstein gar kein Jude und zweitens ein hochkarätiger Wissenschaftler, dem in allerkeinsten Weise Antisemitismus nachzusagen ist. Bernstein hat dagegen geklagt und ein empörendes Urteil eines Berli-

ner Gerichts kassiert. Darin heißt es, der Antisemitismus-Vorwurf sei nicht beweispflichtig, sondern eine Meinungsäußerung.

Shalicar berät den Mossad, das ist kein Geheimnis. Gleichzeitig wird er bei seiner publizistischen Arbeit von der Bundesregierung unterstützt. Heißt das, der israelische Geheimdienst nimmt auf diesem Wege Einfluss auf die Debatte in der deutschen Öffentlichkeit?

Indirekt ja. Der **Antisemitismus-Beauftragte** hat eine Lesereise durch Deutschland von Shalicar unterstützt. Shalicar ist übrigens eine interessante Person: hat sich eine Zeitlang in nahöstlichen Jugendgangs in Berlin rumgetrieben, sich dann eines Besseren besonnen, war in der Bundeswehr, und ist dann nach **Israel** gegangen.

Erstaunliche Entwicklung. Shalicar hat sich in einem Interview auch zu den Unterzeichnern des offenen Briefes geäußert: „Das ist ein gruseliger Club, der nichts zu tun hat mit Meinungsfreiheit, noch Demokratie, noch gegenseitigem Respekt.“

Das muss ich nicht kommentieren, so absurd ist das.

Haben Sie eine ähnliche Debatte schon einmal erlebt?

Ja, nicht dem Inhalt, aber der Form nach. Die Auseinandersetzung um das wissenschaftliche Werk von Achille Mbembe und seine postkoloniale Kritik – auch an der zionistischen Staatsgründung – nimmt ähnliche Dimensionen an wie der Historikerstreit vor mehr als 30 Jahren. Damals ging es zwischen Jürgen Habermas und Ernst Nolte um die Singularität des Holocaust.

Beim Historikerstreit blieben die Positionen bis zum Schluss unversöhnlich. Fürchten Sie etwas ähnliches bei der heutigen Debatte?

Nein. Wenn ich es nicht durch eine rosarote Brille sehe, gibt es eine tiefgreifende Gegenbewegung, die auch öffentlich an Boden gewinnt. Ziel ist, dass sich die Gesellschaft genau überlegt, wo Israelkritik illegitim ist und wo nicht.

Interview: Bascha Mika



Im dauernden Konflikt: Palästinenser und israelisches Militär in der West Bank.

Jaafar Ashtiyeh/afp © AFP



Alle Beteiligten sollten rhetorisch abrüsten

- Von Meron Mendel
Auch mit besten Motiven kann man Fehler machen – und sie gehen unter, wenn mit Zuspitzungen Aufmerksamkeit erzeugt werden soll. Eine Replik von Meron Mendel auf Micha Brumlik im Antisemitismus-Streit.
- Über die Definition von Antisemitismus herrscht in Deutschland Uneinigkeit
- Dass Antisemitismus bekämpft werden muss, darin sind sich viele einig
- Meron Mendel antwortet auf ein FR-Interview mit Micha Brumlik:

Es ist gut, dass über Antisemitismus in diesem Land gestritten wird. Und es ist gut, dass vor allem über seine Definition Uneinigkeit herrscht – denn dass er bekämpft werden muss, darüber sind sich alle einig, die sich am Streit um den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, beteiligen. Doch auch mit besten Motiven kann man Fehler begehen – und im Bedürfnis, mit immer neuen Zuspitzungen Aufmerksamkeit zu erzeugen, können diese Motive auch untergehen. So ist auch der offene Brief von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die zur Absetzung von Felix Klein aufrufen, sowie das Interview an dieser Stelle mit Micha Brumlik vom 3. August einzuordnen.

Gerade weil ich **meinen Doktorvater** und langjährigen Freund Micha Brumlik sehr schätze, fällt mir die Kritik schwer. Allerdings lernte ich gerade bei ihm, dass solche Debatten intellektuelle Aufrichtigkeit erfordern. In seinem Bemühen, zusammen mit den Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen des offenen Briefs **Klein** unredliche Arbeit nachzuweisen, ja das bloße Thematisieren von israelbezogenem **Antisemitismus** als anrühlich darzustellen und dabei nichts weniger als einen „neuen Historikerstreit“ zu behaupten, sehe ich eine Tendenz zum Krawall verwirklicht, die diesem ernstesten Thema nicht gut tut. Ärgerlich sind aber vor allem die vielen faktischen Fehler, die Brumlik im Zuge des Gesprächs unterlaufen.

Micha Brumlik trifft im Interview falsche Äußerungen

So behauptet er, die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) nenne „drei“ Kriterien für israelbezogenen **Antisemitismus**; insbesondere sei laut IHRA antisemitisch, wer dem Staat Israel etwas ankreide, das anderen Staaten nicht vorgeworfen wird. Die sieben Kriterien der IHRA sind viel eindeutiger, als von **Brumlik** suggeriert: die Beschuldigung jüdischer Bürger, loyaler zu Israel zu stehen als zu ihren Nationen; das Bestreiten des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes, z. B. durch die Behauptung, der Staat Israel sei ein rassistisches Unterfangen; die Gleichsetzung gegenwärtiger israelischer Politik mit jener der Nazis usf.

Großzügig stellt **Brumlik** der gesamten Boycott, Divestment and Sanctions-Bewegung (**BDS**) einen Persilschein aus: „So weit ich mich mit den BDS-Beschlüssen vertraut gemacht habe, geht es dabei ... ausschließlich um die besetzten Gebiete von 1967.“ Omar Barghouti zum Beispiel, Gründungsmitglied und einer der prominentesten BDS-Vertreter, schloss 2011 ausdrücklich aus, die BDS-Forderungen auf den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten zu reduzieren.

Auch die Fragen der sehr vertraulich auftretenden Interviewerin sind inhaltlich falsch. Bascha Mika beschreibt die Auswirkung des **BDS**-Beschlusses des Bundestags folgendermaßen: „Der Direktor des Jüdischen Museums in Berlin musste zurücktreten; Achille Mbembe, renommierter Postkolonialismus-Theoretiker, durfte die Ruhrtriennale nicht eröffnen; der Historiker Reiner Bernstein, der sich stets für eine friedliche Lösung im Nahost-Konflikt eingesetzt hat, wird als Antisemit diffamiert.“

Alles falsch. Mbembe konnte die Ruhrtriennale nicht eröffnen, weil sie wegen Corona nicht stattfand; das Jüdische Museum hat eine lange Geschichte öffentlicher Fehlgriffe; Bernsteins privater Rechtsstreit hat mit dem **BDS**-Beschluss überhaupt nichts zu tun. Die Interviewerin legt jedoch nahe, dass alle diese Ereignisse einem geheimen Plan von BDS-Kritikern und -Kritikerinnen zugrunde liegen; ein Narrativ, das **Brumlik** aufgreift, wenn er von einer „tiefgreifende(n) Gegenbewegung“ raunt, „die auch öffentlich an Boden gewinnt.“

Dieses Raunen geht weiter, wenn ein eher unbekannter Publizist wie Arye Sharuz Shalicar von der Interviewerin als gruseliger Geheimagent gezeichnet wird: „Shalicar berät den Mossad, das ist kein Geheimnis. Gleichzeitig wird er bei seiner publizistischen Arbeit von der Bundesregierung unterstützt. Heißt das, der israelische Geheimdienst nimmt auf diesem Wege Einfluss auf die Debatte in der deutschen Öffentlichkeit?“

Im Ernst? Dann muss der Mossad schon ziemlich verzweifelt sein. Die Vorstellung, die Bundesregierung würde vom Mossad, Netanyahu oder vom israelischen Zauberer Uri Geller gesteuert, ist ja nichts Neues, erinnert sei an Jakob Augsteins legendäres Motto „Wenn Jerusalem anruft, beugt sich Berlin dessen Willen.“ **Brumlik** lässt sich auf diese These ein und füttert sie wieder mit falschen Behauptungen, wonach der Bund eine Lesereise von Shalicar unterstützt habe.

Streitfrage Antisemitismus: „Komm mal wieder runter!“

Abgesehen von diesen Fehlern überrascht das Vokabular Brumliks: „Historikerstreit“, „ein neuer McCarthyismus“. Wenn wir in einem zweiten Historikerstreit sind, wie vor mehr als 30 Jahren zwischen Habermas und Nolte, frage ich mich, wer die Rolle von Habermas und die von Nolte hat. Mir kommt es eher so vor, dass gerade eine Generation verdienstvoller Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wie **Micha Brumlik**, Aleida Assmann und Wolfgang Benz noch einen Akzent für die Geschichte setzen wollen. Und gibt's ein besseres Vermächtnis, als sich selbst zur Schlüsselfigur eines Historikerstreits zu ernennen? Meine Oma pflegte in solchen Momenten zu sagen: „Menschugge, aoyf fun dach!“ (frei übersetzt: Komm mal wieder runter!)

Angesichts des dramatischen Tons überrascht in der Debatte immer wieder, wie relativierend gleichzeitig über **Antisemitismus** gesprochen wird – bei Rassismus würde man es nicht akzeptieren. Soeben hat Wolfgang Benz einen Sammelband herausgegeben, der nahezu alle prominenten Vorfällen der letzten Jahre als Dumme-Jungen-Streiche entschuldigt – Alltagsantisemitismus existiert in dieser Welt einfach nicht.



Helga Dieter und Dr. Meron Mendel eröffnen eine ungewöhnliche Ausstellung auf dem Baruch-Baschwitz-Platz in Frankfurt-Rödelheim. Das Mahnmal am Ort der zerstörten Synagoge war durch antisemitische Schmierereien geschändet worden.

Etwa 20 Organisationen und 600 Bürger*innen haben sich öffentlich und namentlich „Gemeinsam gegen Nazis“ gewandt.

Auf dem Mahnmalsteht: *„Wir lassen es nicht zu, dass aus unserer Mitte jüdische Bürger oder Menschen anderen Glaubens, anderer Herkunft oder Kultur diffamiert, ausgegrenzt oder beleidigt werden.“*

Leserbrief FR 7.8.20 zu

Meron Mendel: Alle Beteiligten sollten rhetorisch abrüsten

Helga Dieter

Raunen und Staunen

Dr. Meron Mendel, der Direktor der ‚Bildungsstätte Anne Frank‘ will die Debatte um Antisemitismus versachlichen und fordert in der FR: „Alle Beteiligten sollten rhetorisch abrüsten“. Der Mann hat Recht. Das Thema taugt wirklich nicht zur persönlichen Profilierung. Und was tut er zur rhetorischen Abrüstung? Er rüstet semantisch und emotional auf! Statt sich um kritische Aufklärung mit Belegen zu bemühen, hört er das Raunen im Märchenwald.

Der wissenschaftlichen Abwertung seines geschätzten Doktorvaters Micha Brumlik zu Beginn, korrespondiert zum Schluss die persönliche Aufwertung der Oma mit ihren Lebensweisheiten. Da liegt es nahe zu psychologisieren. Das überlasse ich dem Sachwalter.

Der analysiert und deutet die zunächst edlen Motive von 60 Intellektuellen, die aber beim Schreiben eines offenen Briefes an die Kanzlerin untergegangen seien, um mit immer neuen Zuspitzungen Aufmerksamkeit zu erzeugen -bis hin zum Krawall. Beim tiefenStochern in den Motivationen der 60 Intellektuellen, konnte er keine intellektuelle Aufrichtigkeit finden.

Eine Lichtgestalt an Aufrichtigkeit ist für ihn dagegen der in dem kontroversen Brief von den 60 Unterzeichner*innen kritisierte Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung Felix Klein.

Dann wirft Dr. Mendel seinem Doktorvater Prof. Brumlik viele faktische Fehler vor. Das sind meist Verkürzungen in den knappen Antworten eines Interviews (von Bascha Mika, FR) und Haarspaltereien ohne inhaltliche Substanz. So nenne Brumlik nur 3 der 7 Kriterien der IHRA-Antisemitismus-Definition. Er stelle der BDS-Bewegung einen ‚Persilschein aus wenn er sagt „So weit ich mich mit den BDS-Beschlüssen vertraut gemacht habe, geht es dabei ... ausschließlich um die besetzten Gebiete von 1967.“ Dr.Mendel führt als Beweis, dass es BDS um die Grenzen von 1948 gehe und damit die Existenz Israels geleugnet werde, ein fast 10 Jahre altes Zitat von Omar Barghouti an. Das ist nicht die offizielle Position von BDS. Die Kampagne wird von Brumlik nicht unterstützt, sondern deren Verleumdung mit dem inflationären Antisemitismusvorwurf zurückgewiesen.

Herr Dr. Mendel hat sich zum Mediator in einem Streit berufen gefühlt, den er aber nicht versachlicht, sondern mit allgemeinen Schwarz-Weiß-Schemata auflädt und durch biografische Bezüge emotionalisiert. Die Fronten sind nun schärfer, wenn auch nicht klarer.

Nachbemerkung

(Es gibt am Rande jeder Bewegung Leute, die provokativ zuspitzen oder einfache Parolen nachplappern. Erfreulicherweise gab es am 01.07. in Frankfurt eine Demonstration gegen die angekündigte Annexion. Weniger erfreulich war der eingängige Slogan: “From the river to the sea – Palestine must be free.” Fast alle Redebeiträge bezogen sich auf das Völkerrecht und die Koexistenz von zwei Staaten. Ich fragte ein paar junge Leute, ob das nicht ein Widerspruch sei. Sie verstanden nicht. Ich musste erklären, dass Israel zwischen „river and sea“ liegt und ihr Stakkato das bedrohlich leugnet).
Staunen!

Helga Dieter <https://courage-for-peace.com/>

Felix Klein, „Die Gesellschaft ist infiziert mit Antisemitismus“

Interview Jan Sternberg RND- Redaktions-Netzwerk Deutschland

06.08.2020

Zur Person

Felix Klein, 1968 in Darmstadt geboren, hat sich als Jurist auf Völkerrecht spezialisiert. Nach dem Studium absolvierte er die Ausbildung für den höheren Auswärtigen Dienst und startete eine diplomatische Karriere. 2014 wurde er Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt. Seit Mai 2018 ist er Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

In einem offenen Brief an Kanzlerin Angela Merkel kritisieren 60 israelische und deutsche Intellektuelle einen „inflationären, sachlich unbegründeten und gesetzlich unfundierten Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs, der auf die Unterdrückung legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik zielt“. Klein werfen sie vor, „diese Tendenz“ politisch und finanziell zu unterstützen. Micha Brumlik, einer der Unterzeichnenden, äußerte sich dazu im FR-Interview vom 4. August.

Erst einmal das Gute. Was alle Teilnehmer dieser Debatte eint: Alle wollen Antisemitismus wirklich bekämpfen. Wir wollen alle eine Welt ohne Antisemitismus und ohne Rassismus. Das wollen auch die 60 Unterzeichner des offenen Briefs. Wie man das erreicht, da gibt es unterschiedliche Meinungen. Meine Strategie ist, dass wir keine Hierarchisierungen einführen sollten im Kampf gegen Antisemitismus. Ob linker, rechter oder islamistischer Antisemitismus – ich halte jede Form für gefährlich, und auch den in der Mitte der Gesellschaft. Das alles benenne ich, dafür bin ich Beauftragter. Es greift zu kurz, wenn man nur den eindeutigen Antisemitismus von ganz rechts benennt. Den



zu bekämpfen, darauf können sich alle in der Mitte der Gesellschaft einigen. Wir dürfen aber nicht nur auf andere zeigen. Auch Linke, auch Intellektuelle müssen in ihrem eigenen Umfeld und bei sich selbst schauen, wie sie Antisemitismus bekämpfen können. Der linksliberale Antisemitismus ist sehr subtil. Gerade wenn er sich gegen Israel richtet, ist er sehr verbreitet. Oft ist es eine Umweg-Kommunikation: Man greift Israel an, obwohl man eigentlich Juden meint.

Felix Klein – eine Lichtgestalt?

Herr Klein, ich habe kürzlich einen Leserbrief bekommen, von einem bürgerlichen Absender, der seinen vollen Namen und seine Adresse nannte. Er schrieb unter anderem: „Juden müssen sich selbstverständlich fragen, was sie tun könnten, um ihr Ansehen in der Welt zu verbessern. Deutsche jüdische Bürger stellen sich gerne als Israelis da und verbinden sich so mit Netanjahu und seiner unmenschlichen Politik.“ Was sehen Sie in diesen Zeilen?

Das ist eindeutig antisemitisch. Juden wird unterstellt, sie hätten eine doppelte Loyalität – dieses Vorurteil ist Jahrhunderte alt. Dass er deutsche Juden in Verbindung bringt mit der israelischen Regierung, ist auch ein ganz eindeutiger Antisemitismus. Das Verhalten von Juden für die Entstehung von Antisemitismus verantwortlich zu machen, ist ebenfalls ein antisemitisches Stereotyp. Auch wenn Israel sich absolut völkerrechtlich korrekt verhielte, gäbe es im übrigen trotzdem einen Israel-bezogenen Antisemitismus. Antisemitismus fängt da an, wo aus der Gruppenzugehörigkeit Eigenschaften Einzelner abgeleitet werden und umgekehrt. Das ist auch der Fall, wenn ein Volk für seine Regierung gewissermaßen „in Haftung“ genommen wird.

60 Intellektuelle haben Ihnen in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel vorgeworfen, einen inflationären Antisemitismusbegriff zu gebrauchen, einen sachlich unbegründeten und einen gesetzlich unfundierten. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Es ist wichtig, dass wir über den Antisemitismusbegriff streiten. Die Intensität der Diskussion zeigt, dass sie überfällig ist. Ich beanspruche nicht die Deutungshoheit über den Begriff, aber ich wende die Instrumente an, die es gibt. Die Bundesregierung hat 2017 beschlossen, sich der Arbeitsdefinition für Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anzuschließen.

Danach ist Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann“. Auch „der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, kann Ziel solcher Angriffe sein“.

Diejenigen, die sich heute über mich beklagen, haben damals nichts dagegen gesagt. Ich finde es gut, dass nun die Widersprüche benannt und offen ausgetragen werden.

Der israelische Regierungsberater Arye Shalicar, der in Berlin aufwuchs, bezeichnet in seinem Buch „Der neu-deutsche Antisemit“ den Historiker Reiner Bernstein als Antisemiten. Bernstein klagte und unterlag vor Gericht. Die 60 Intellektuellen werfen Ihnen nun vor, das Buch und die Lesereise von Shalicar gefördert zu haben und ihn zu unterstützen. Stimmt das?

Das Buch von Herrn Shalicar wurde nicht gefördert, auch nicht eine Lesereise von ihm. Es wurde eine Veranstaltungsreihe der deutsch-israelischen Gesellschaft (DIG) gefördert mit dem Titel „Antisemitismus und was man dagegen tun kann“. Im Rahmen dieser Veranstaltungen ist Herr Shalicar auf Einladung der DIG als Redner aufgetreten. Die private gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Herrn Shalicar und Herrn Bernstein möchte ich nicht kommentieren.

In der Debatte geht es auch immer wieder um die Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“, BDS. Würden Sie sagen, dass jeder, der BDS unterstützt, ein Antisemit sei?

Das würde ich auf keinen Fall sagen. Der Bundestag hat in seiner Erklärung die BDS-Bewegung als in Methoden und Zielen antisemitisch bezeichnet. Aber sie ist von der Meinungsfreiheit geschützt. Ein Betätigungsverbot oder eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu fordern, ginge zu weit. Aber: Wenn jemand mit der BDS-Bewegung sympathisiert, muss er oder sie sich gefallen lassen, dass es daran Kritik gibt. Ich gehöre zu den Kritikern der Bewegung und setze die Entscheidung des Bundestages um. Diese Entscheidung gibt Orientierung und ist handlungsleitend – nicht mehr und nicht weniger.

Der Publizist Micha Brumlik wirft Ihnen Nähe zu rechtspopulistischen israelischen Politikern der Netanjahu-Partei vor. Hat er Recht?

Ich hoffe auf eine sachliche Diskussion. Der Vorwurf von Micha Brumlik ist unsachlich, und ich möchte darauf gar nicht eingehen. Er redet von einer „Kontaktschuld“, die konstruiert werde: Menschen, die mit BDS-Aktivisten Kontakt pflegen, würden als Antisemiten gebrandmarkt. Das lehne er ab. Und dann macht er genau dasselbe und wirft mir vor, ich hätte Kontakt zu einem rechtspopulistischen israelischen Politiker und würde dessen Politik in Deutschland befördern. Ich habe den Minister Gilat Erdan genau zwei Mal gesehen. Einmal am Rande des Israel-Kongresses vor zwei Jahren und einmal auf einer Veranstaltung mit Bundesinnenminister Horst Seehofer. Es gibt nur einen israelischen Politiker, zu dem ich intensiven Kontakt habe, und der ist ein vehementer Kritiker von Netanjahu. Es ist Jossi Beilin, einer der Architekten des Friedensprozesses, den ich bewundere.

In Magdeburg wird dem Attentäter von Halle der Prozess gemacht. Er hat sich in einer Gemengelage aus Rassismus und Antisemitismus radikalisiert und wollte eine ganze Synagogengemeinde auslöschen. Was erwarten Sie sich vom Fortgang des Prozesses?

Der Anschlag von Halle zeigt, dass jeder Opfer eines antisemitischen Anschlags werden kann. Der Prozess in Magdeburg bietet die grundlegende Chance für unsere Gesellschaft, endlich einmal über die Ursachen zu sprechen, wie sich solche Täter radikalieren, gerade mit Hilfe des Internets. Wir können in der Gedankenwelt des Attentäters sehen, dass Antisemitismus nie für sich alleine steht, sondern immer verbunden ist mit Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit. Wenn wir das verstehen, ist es auch eine Chance. Denn wenn wir im Kampf gegen Antisemitismus Erfolg haben, erzielen wir auch Erfolge im Kampf gegen andere Formen der Diskriminierung. Wir sollten beim Jahrestag des Anschlags am 9. Oktober daran erinnern, dass solche Denkweisen, dass solche Täter die Gesellschaft als Ganzes bedrohen.

Das Umfeld des Attentäters war gleichgültig gegenüber seinen antisemitischen und rassistischen Ausfällen. Was macht man gegen die Gleichgültigkeit?

Das ist die große Herausforderung. Rassisten und Antisemiten werten das Schweigen ihres Umfelds als Zustimmung. Wir müssen die schweigende Mehrheit erreichen. Mehr Menschen müssen eingreifen, wenn jemand attackiert wird, und mehr Menschen müssen bei diskriminierenden Sprüchen Kontra geben. Das Umfeld muss wachsam sein, denn der Staat alleine kann es nicht richten. Das muss eine Lehre aus Halle sein.

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben anti-aufklärerische Verschwörungsfantasien wieder Konjunktur. Viele docken an alte antisemitische Stereotype an. Wie bewerten Sie das?

Das besorgt mich ganz besonders. Dass Milieus, die sonst nie etwas miteinander zu tun haben, die sich üblicherweise bekämpfen, plötzlich einig sind im Hass auf Juden, im Hass auf Israel. Wenn auch Menschen mit legitimen Anliegen es in Ordnung finden, Seite an Seite mit Rassisten und Antisemiten zu demonstrieren, zeigt das: Die Gesellschaft ist infiziert mit Antisemitismus. Das Problem wird bleiben, auch wenn die Corona-Demonstrationen abebben. Deswegen spreche ich auch so hartnäckig jede Form von Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft an. Wir müssen die hartnäckige Verwurzelung, die wir da haben, auflösen. Und deswegen will ich keine Hierarchisierungen vornehmen, sondern alle Ausprägungen von Antisemitismus bekämpfen. Das ist manchmal sogar für das Bildungsbürgertum unangenehm, aber da müssen wir eben auch nachschauen.

„Die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen“, fordert der offene Brief. Hier der Alltag, ein israelischer Soldat und ein Journalist in der West Bank. © AFP



„Die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen“, fordert der offene Brief. Hier der Alltag, ein israelischer Soldat und ein Journalist in der West Bank.

© AFP

ANTISEMITISMUS-DEBATTE

Daniel Cohn-Bendit über Antisemitismus: Das ist eine israelische AfD



• von Bascha Mika

Ein Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit über Boykott-Aufrufe gegen Israel, jüdische Identität, den Rechtspopulismus im Land und die Hoffnung auf Zivilisierung der Aggressionen.

- Das Verbot von Veranstaltungen der **Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS)** ist irrsinnig.
- Nicht alle BDS-Leute haben automatisch einen Hang zum **Antisemitismus**.
- Es muss eine Lösung gefunden werden, die Israelis und Palästinenser gemeinsam formulieren.

Es ist gut, dass in diesem Land über Antisemitismus gestritten wird, schrieb Meron Mendel in unserer Zeitung. Teilen Sie das, Herr Cohn-Bendit?

So gesagt, finde ich es falsch. Man streitet nicht über **Antisemitismus**, sondern über die Interpretation, was Antisemitismus ist. Und das zu definieren, ist manchmal schwierig.

Wer kann eine Definition festlegen?

Ich sag Ihnen was... der **Antisemitismus** wird die Juden überleben. Sollte es gar keinen **Juden** mehr auf dieser Welt geben, wird der Antisemitismus dennoch nicht aussterben. Wir alle haben Vorurteile, wir alle haben Angst vor dem Fremden. Das ist der Kern von **Antisemitismus** und **Rassismus**. Zivilisation bedeutet, diese Angst zu beherrschen und sie niedrig zu halten. Bedeutet aber auch, dass Antisemitismus und Rassismus immer wieder hochkommen können.

Antisemitismus: Veranstaltungen von BDS zu verbieten ist Irrsinn

Ist der Beschluss des Bundestages, der die Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) für antisemitisch erklärt und BDS-Veranstaltungen in kommunalen Räumen verbietet, hilfreich für diesen Zivilisierungsprozess?

Dieser Beschluss ist Irrsinn!

Das werden die Bundestagsabgeordneten nicht gerne hören. Warum Irrsinn?

Die BDS-Bewegung wird damit antisemitisch festgelegt. Das hilft niemandem. Der Bundestag soll Gesetze verabschieden, die antisemitische Straftaten ahnden. Aber Meinungen zu sanktionieren ist immer sehr, sehr gefährlich.

Der Beschluss sollte wohl auch ein Zeichen gegen den erstarkenden Antisemitismus setzen.

Frau Mika, das meinen Sie nicht ernst. Würde jemand, der einen Kippa-tragenden Juden angreift, sich von dem Bundestagsbeschluss beeindrucken lassen? Politik zu machen, nur um sein Gewissen zu reinigen, ist politischer Unsinn. Ich fordere eine radikale Auseinandersetzung mit BDS – aber nicht unsinnige Beschlüsse. Auch mit dem Kolonialismusforscher Achille Mbembe muss man sich auseinandersetzen. Ich finde vieles, was er schreibt, falsch. Aber wenn man ihn mit dem Stigma **antisemitisch** belegt, hört die Auseinandersetzung auf.

Cohn-Bendit: Viele Mitglieder des BDS haben einen Hang zum Antisemitismus

Meron Mendel meint weiter, in der Antisemitismusdebatte müsse rhetorisch abgerüstet werden.

Wenn Micha Brumlik im Zuge dieser Debatte von einem neuen McCarthyismus spricht, kommt das tatsächlich ein bisschen heavy daher. Es gibt einen Streit über Mbembe, es gibt einen Streit über die BDS-Bewegung. Meine Position ist: Ich kann weder in die Köpfe noch in die Herzen der Menschen hineingucken und wissen, ob sie nur kritisch gegenüber Israel und kritisch gegenüber dem Zionismus sind oder auch antisemitisch. Das ist schwer festzustellen.

Aber der Streit entzündet sich doch genau an diesem Punkt: Ob alles rund um BDS als antisemitisch verurteilt werden muss.

Es gibt viele BDS-Leute, die radikale **Antizionisten** sind und damit auch einen Hang zum **Antisemitismus** haben. Es gibt andere, die zwar auch radikal antizionistisch sind, aber nicht antisemitisch. Wie die US-amerikanische Philosophin Judith Butler. Da muss man nicht kommen mit jüdischem Selbsthass. Sie ist radikal antizionistisch und als solche identifiziert sie sich mit der BDS.

Die BDS ist eine weltweite Sammelbewegung. Können unterschiedliche Positionen da überhaupt ausbleiben?

Deshalb will ich auch nicht mehr diskutieren, ob BDS antizionistisch ist oder nicht, weil ich es von den einzelnen Leuten nicht weiß. Ich will darüber diskutieren, welche Gesellschaftsvorstellung sich hinter BDS verbirgt. Und da habe ich eine radikale Kritik.

Wo setzt die an?

BDS begann mit einem völlig vernünftigen Ansatz: Man muss Produkte aus den Siedlungen – also den israelischen Kolonien – boykottieren, weil diese Kolonien internationales Recht verletzen. Und wenn man diesen Boykott auf die besetzten Gebiete reduziert, ist es sinnvoll. Deshalb hat das Europaparlament ja beschlossen, dass Produkte aus den besetzten Gebieten gekennzeichnet werden müssen.

Letztlich hat das der Europäische Gerichtshof entschieden. Die Verbraucher sollen über den Ursprung der Waren nicht in die Irre geführt werden, weil Israel in den besetzten Gebieten als Besatzungsmacht auftritt.

Deshalb ist diese Kennzeichnung richtig. Kompliziert wird es aber, wenn **BDS** diesen Boykott auf ganz Israel ausweitet. Damit erklärt man Israel zum nichtlegitimen Staat. Noch komplizierter wird es, wenn Künstler und Wissenschaftler boykottiert werden sollen, weil sie entweder Israelis sind oder in Israel gesungen, gespielt, geforscht haben. Beispiel: Die Sängerin Jane Birkin hat sich immer auch mit den Palästinensern solidarisiert. Sie hat in Israel gesungen und wollte dann in Ramallah auftreten. Durfte sie nicht.

Wer hat das verhindert?

Die palästinensische Führung, weil die BDS-Bewegung im eigenen Land jede Menge Druck gemacht hat. Das gleiche passierte mit Charles Aznavour. Das ist Wahnsinn, das ist radikal falsch und totalitär! Man kann Künstlern und Wissenschaftlern nicht oktroyieren, was sie dürfen und was nicht. Die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft sind die höchsten demokratischen Güter...

BDS und Antisemitismus: Debatten sind immer richtig

...die Freiheit der Presse würde ich gern dazunehmen...

...wenn man zulässt, dass diese Freiheit beschnitten wird, hat man verloren. Dann wird ein Staat aufgebaut, wo Kunst und Wissenschaft die Ideen des Staates repräsentieren sollen. Dann sind wir schnell bei Stalin.

Wo bleibt die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, wenn BDS-Gegner verhindern wollen, dass Achille Mbembe die Ruhrtriennale eröffnet oder Künstler und Künstlerinnen nicht auftreten dürfen, weil sie angebliche oder tatsächliche BDS-Unterstützer sind?

Achille Mbembe darf natürlich die Ruhrtriennale eröffnen, wenn er dazu eingeladen wird. Aber dann muss eine Diskussion stattfinden, die sich mit seinen Positionen auseinandersetzt. Achille Mbembe ist kein Heiliger.

Helpen Debatten, wie wir sie jetzt führen, weiter oder verstärken sie möglicherweise einen latenten Antisemitismus?

Nein, Debatten sind immer richtig. Debatten zu unterdrücken ist immer falsch. Auch ist es falsch, dass in dem Offenen Brief an Merkel der Rücktritt des **Antisemitismusbeauftragten** Felix Klein gefordert wird. Ebenso falsch fand ich die Rücktrittsforderung gegenüber dem Leiter des Jüdischen Museums in Berlin. So etwas verunmöglicht die Auseinandersetzung.

Aber der Offene Brief wollte doch genau darauf hinweisen – dass der Vorwurf des Antisemitismus die Debatte erstickt.

Das ist ja auch richtig. Aber der Brief verselbständigt sich, weil er die BDS verniedlicht und den Rücktritt von Klein fordert. Wir müssen das Thema auf die Ebene der notwendigen Diskussion zurückholen. Ich versuche das mit einem Film, den ich gerade gedreht habe. Es geht um die Suche nach meiner **jüdischen Identität** und die Auseinandersetzung mit Israel. In Frankreich ist er bereits im Fernsehen gelaufen und hat viele positive Kritiken bekommen. In Deutschland will ihn keine Fernsehanstalt haben.

Worin besteht das Problem?

Mein Film ist nicht eindeutig. Ich lebe nicht jüdisch und meine Frau ist auch keine Jüdin. Trotzdem habe ich eine jüdische Identität, die ich im Film suche. Ich habe nur Fragen, ich gebe keine Antworten. Im Film setze ich mich mit unterschiedlichsten Menschen in **Israel** auseinander.

Geben Sie bitte ein Beispiel.

Ich treffe einen ehemaligen Chef des israelischen Geheimdienstes; der erzählt, warum der Krieg für Israel bis 1967 legitim war und dann illegitim wurde. Ich spreche mit einer radikalen Siedlerin, mit einer orthodoxen jüdischen Redakteurin, einer liberalen Rabbinerin... Das Problem ist, dass das deutsche Fernsehen eine eindeutige Antwort will. Israel – ja oder nein. Die ist sogar drin, aber nicht plump. Und die Verantwortlichen wollen sich wohl nicht die Finger verbrennen.

In Diskussion über BDS zeigt sich bei manchen jungen Palästinensern Antisemitismus

Haben Sie auch BDS-Aktivisten und -Aktivistinnen getroffen?

Ja, mit jungen Palästinensern habe ich über BDS diskutiert. Dabei wurden zwei Sachen deutlich: Erstens haben sich die Aktivisten von der Zwei-Staaten-Lösung verabschiedet, sie wollen einen einzigen, binationalen Staat. Zweitens mündet die Kritik an Israel darin, dass der kleinere Teil der Bewegung sagt, Israel sei ein Kolonialstaat, der größere, er sei ein Apartheidsstaat. Deshalb müsse ganz Israel boykottiert werden.

Halten Sie diese jungen Palästinenser und deren Positionen für antisemitisch?

Ihre Haltung ist radikal **antizionistisch** und hat bei einigen wohl auch antisemitische Dimensionen. Aber das festzustellen, nützt nichts, weil wir mit dieser Feststellung eine Auseinandersetzung verhindern, die wir über den Staat Israel führen müssen.

Was könnte denn stattdessen nützen?

Es geht um eine Lösung, die Israelis und Palästinenser gemeinsam formulieren, da gab es ja bereits einige Versuche. In einigen Monaten, sobald Trump verloren hat, und das wird er, das ist gegessen...

...spielen Sie jetzt den Propheten?

In diesem Zusammenhang gern. Die USA und die Europäische Union müssen Israelis und Palästinenser zwingen, an einen Tisch zu kommen. Die Botschaft an Israel muss lauten: Ja, wir wollen Euch unterstützen, aber wir müssen grundsätzlich über die Besatzung diskutieren; für uns gilt internationales Recht und damit die Grenzen von 1967. Und genau so radikal muss man mit den Palästinensern über die Anerkennung des Staates Israel sprechen, die Korruption und dass es keine Rückkehr der Flüchtlinge geben kann, die vor 1967 vertrieben wurden.

Nach all den bisherigen Friedensplänen – halten Sie solche Vorstellungen derzeit für realistisch?

Ja, wenn wir beiden Seiten klarmachen, dass sie einen Teil ihres Traumes aufgeben müssen. Im zionistischen Traum ist nicht nur Tel Aviv oder Haifa jüdisch, sondern auch Hebron oder Ramallah. Und im palästinensischen Traum ist nicht nur Hebron oder Ramallah palästinensisch, sondern auch Tel Aviv und Haifa. Davon müssen sich beide Seiten verabschieden. Wir leben nicht mehr im Zeitalter der Bibel, wir leben im Zeitalter der Uno. Das ist das Zeitalter des internationalen Rechts.

Um nur ansatzweise etwas in Bewegung zu bringen, braucht es nicht nur einen Machtwechsel in den USA. Was ist mit Benjamin Netanjahu?

Die **israelische Gesellschaft** hat sich nach rechts entwickelt. Nach einer neuen Umfrage bekommt die rechtsradikale Partei Yamina, über fünfzehn Prozent Zustimmung. Das ist eine israelische AfD! Und genau so rassistisch. So ist der Zustand der israelischen Gesellschaft.

Wie kommen Sie persönlich damit zurecht?

Ein linker Jude wie ich fühlt sich unwohl, wenn er in Israel ist oder über Israel redet. Israel ist nicht mehr David. Die israelische Armee, die notwendig war „zur Selbstverwirklichung jüdischer Identität“, wie Hannah Arendt es nannte – diese Rolle ist komplett umgeschlagen. Die israelische Armee ist Goliath, nicht mehr David. Und die meisten Israelis verstehen das nicht.

Wo zeigen sich die Veränderungen in der Gesellschaft?

Das Schwierige an der Auseinandersetzung mit Israel ist für mich der **Rassismus**, der im Land herrscht. Nicht nur gegenüber den Palästinensern. Ein kleines schwarzes Flüchtlingsmädchen aus dem Kongo ist mit ihrer Familie in Israel gelandet. Sie erzählt in meinem Film, wie sie von den Blicken der Menschen verfolgt wird. Ein äthiopischer Jude berichtet, was für Probleme er in Israel mit dem Rassismus gegenüber Schwarzen hat. Das heißt, Juden können rassistisch sein, so wie Antirassisten antisemitisch sein können.

Was auch ein Problem von Identitätspolitik ist.

Ja, klar. Wenn du Politik nur von deiner Identität aus definierst, wenn du behauptest, weil ich diese oder jene Diskriminierung und Unterdrückung erlebt habe, habe ich recht, hast du keinen universellen Bezugspunkt mehr. Das Ich ersetzt die universelle Emanzipation.

Bestimmten nicht Identitätsfragen auch einen wichtigen Teil der israelischen Politik?

Absolut. Die Juden haben das Schlimmste erlebt, was man erleben kann. Aber sie sind nicht die besseren Menschen. Auch nicht die Frauen, die Schwarzen, die Schwulen... Opfer von Unterdrückung, so unterschiedlich sie sein mögen, sind Opfer – aber nicht die besseren Menschen. Antisemitismus und Rassismus gibt es überall. Die Frage ist, können wir dieses Gefühl beherrschen oder nicht. Das ist Zivilisation.

(Interview: Bascha Mika)

„Beide Seiten“, sagt Daniel Cohn-Bendit, „müssen einen Teil ihres Traums aufgeben“, den zionistischen ebenso wie den palästinensischen.

© AFP

